

Innenpolitik-Experte Uli Sckerl: Terrorgefahr "eindeutig näher gerückt"

Der Weinheimer Grünen-Politiker Uli Sckerl spricht im RNZ-Interview über seine Rolle gegenüber CDU-Innenminister Strobl.

24.05.2016, 06:00 Uhr



Lange umstritten: "Wir brauchen den Verfassungsschutz", sagt Sckerl inzwischen. F.: Kastl

Von Sören S. Sgries

Heidelberg. Der Weinheimer Grüne Uli Sckerl ist der Innenpolitik-Experte seiner Landtagsfraktion, künftig soll er auch Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums für den Verfassungsschutz sein. In einer schwierigen Lage befindet sich der 65-Jährige dennoch: Wieder einmal stellt der Koalitionspartner den Innenminister - dieses Mal ist es CDU-Vizeregierungschef Thomas Strobl, als dessen Kontrapart sich Sckerl sehen muss.

Herr Sckerl, haben Sie als Innenpolitiker in den kommenden fünf Jahren überhaupt etwas zu melden - oder ist das ein reines CDU-Thema?

Es waren schwierige Verhandlungen mit der CDU, in denen wir die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten hatten. Da sind die Grünen auch in Zukunft als Korrektiv sehr wichtig.

Als Thomas Strobl an der eigenen Basis für den Koalitionsvertrag geworben hat, betonte er die "100 Prozent CDU" in diesem Themenfeld.

Das stimmt so mit Sicherheit nicht. Das gilt vielleicht für die Zahl der 1500 Polizisten. Da sind wir der CDU entgegengekommen. Aber auch wir Grünen waren uns einig, dass aufgrund der stark gestiegenen Aufgaben für die Polizei ein personeller Zuwachs notwendig ist.

Was halten Sie denn für einen Erfolg der Grünen?

Dass es in Zukunft einen unabhängigen, beim Landtag angesiedelten Bürger- und Polizeibeauftragten geben wird, war unser Erfolg. Die CDU hat massiv die Rücknahme dieses Gesetzes verlangt. Da konnten wir uns behaupten - wenn wir auch gleichzeitig den Preis zahlen mussten, die anonyme Kennzeichnung von Polizisten bei Großlagen nicht durchsetzen zu können. Da sind wir ehrlich gesagt aber auch schon an der SPD gescheitert.

Statt Schutz der Bürger wird jetzt die Polizei deutlich aufgerüstet: Kippt die Haltung der Grünen ins Gegenteil?

Es hat sich die Lageeinschätzung verändert. Die terroristische Bedrohung ist in Baden-Württemberg keine abstrakte Größe, sondern eindeutig näher gerückt. Da müssen wir die Erkenntnisse unserer Sicherheitsbehörden ernst nehmen. Deshalb ist es uns nach den Erfahrungen von Paris und Brüssel wichtig, dass die Polizei optimalen Schutz bieten kann. Im präventiven Bereich wollen wir alles, was rechtsstaatlich möglich ist, auch tatsächlich tun.

Ist das die Abkehr von der Bürgerrechtspartei - etwa bezüglich der Vorratsdatenspeicherung?

Nein. Über die Vorratsdatenspeicherung urteilt jetzt zunächst einmal das Bundesverfassungsgericht. Wenn die Datenspeicherung rechtmäßig sein sollte, käme sie natürlich auch in Baden-Württemberg - wie in allen anderen Bundesländern. Aber wir achten darauf, dass die Bedingungen sehr stark definiert und auch eingehaust werden. Wir geben der Polizei dieses Instrument ausschließlich in Fällen schwerer terroristischer Gefährdung oder schwerster Kriminalität. Die CDU hätte sehr gerne umfassendere Möglichkeiten. An dem Punkt zeigt sich sehr deutlich der Charakter der Grünen als Bürgerrechtspartei.

Sie schätzen inzwischen auch den Verfassungsschutz als Teil der Sicherheitsarchitektur?

Wir brauchen den Verfassungsschutz in jedem Fall mit seinem Erkenntnisgewinn im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Da sind die entsprechenden Abteilungen derzeit ohne Alternative. Sie arbeiten hochprofessionell. Solche Abteilungen stärken wir. Das heißt aber nicht, dass wir nicht durchaus weiterhin Modernisierungsbedarf sehen.

Zum Beispiel?

Wir wollen unverändert die Konzentration der Verfassungsschützer auf tatsächlich gewalttätige, gegen die freiheitliche Ordnung gerichtete Bestrebungen. Darauf sollen sie sich konzentrieren - und nicht irgendwelche Organisationen, die vielleicht im Schrifttum die Verfassung kritisieren, Tag und Nacht überwachen.

Wen haben Sie im Auge?

Beispielsweise die Partei "Die Linke". Das ist sicherlich eine linke Partei, die auch scharfe

Kritik übt. Aber keine Partei, die unsere demokratische Grundordnung bedrohen würde.

Sehen Sie sich persönlich eigentlich als ersten Kritiker des Innenministers oder als stützende Säule aus der Fraktion?

Zunächst fühle ich mich als konstruktiver Partner des CDU-Innenministers. Wenn es notwendig ist, werde ich aber auch kritischer Mahner sein. Es wird kein rein harmonisches Verhältnis sein, aber wir werden das, was verabredet ist, realisieren.

Verabredet war auch, dass die CDU die Innenpolitik als Spiel- und Profilierungsfeld zugestanden bekommt. Sind Sie da nicht ein zahnloser Kritiker?

Wir haben in den Koalitionsverhandlungen gesagt, dass es Bereiche gibt, in denen sich die Parteien in ihrem Markenkern wiedererkennen müssen. Das heißt aber nicht, dass sie sich in diesen Politikfeldern unbegrenzt tummeln können. Es muss auch Widerspruch geben. Ich sehe mich durchaus als bissigen, nicht als zahnlosen Tiger.

Abschließend ein Blick nach Berlin: Die Bundestagsfraktion hat ein Papier zur Inneren Sicherheit vorgelegt, das klingt, als hätte man viel von Stuttgart gelernt?

Auch dort ist sichtbar: Wir leben in einer veränderten Welt. Wir als Grüne können nicht einseitig die Partei sein, die Bürgerrechte hochhält und Fragen der Sicherheit anderen Parteien überlässt. Wir müssen beide Seiten der Medaille und die notwendigen Schritte erklären.